

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. W. Schmidt  
Verlag: Auer-Verlag, Leipzig  
Kasseler-Str. 10  
Telefon: 1000

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark, bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark, bei der Post bezogen vierteljährlich 12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsanstrenger und Ausgabehelfer, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Nebenspaltspreise betragen für den Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Chemnitz 20 Pfg., auswendige Anzeigen 30 Pfg., Reichspostzeitung 3.- Mark. Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 5 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

№. 47.

Freitag, den 25. Februar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Im Reichswirtschaftsrat hielten Dr. Simons und Siemens gestern eindrucksvolle Reden, die den Pariser Forderungen ein entschiedenes Nein entgegensetzten.

Die Wahl des Reichspräsidenten wird wahrscheinlich Ende Juli erfolgen. Es wird eine Verständigung darüber innerhalb der Regierungsparteien angestrebt.

Der Matin meldet: Die Abstimmung in Oberschlesien wird in Bona zu erfolgen haben.

Wegen der am 20. März stattfindenden Abstimmung in Oberschlesien wird vom 1. März ab die polnisch-ober-schlesische Grenze für Reisende, also für den Zugang landfremder Agitatoren, aus Warschau und Posen geschlossen werden.

## Das Geleitwort für die Londoner Konferenz.

Eine programmatische Entschließung des Reichswirtschaftsrates.

Am Donnerstag mittags gab der Reichswirtschaftsrat dem Reichsaussenminister folgende die letzte öffentliche Weisung mit auf dem schweren Gang nach London. Es war eine ernste Kundgebung, in der Stimmung weder gedrückt noch herausfordernd, sondern fest und entschlossen, wie man sie an den ganz großen Tagen sieht, wenn es ums Letzte geht. Die möglichen Folgen einer etwaigen deutschen Ablehnung wurden mit der Ruhe festgelegt und gewürdigt, die sich einstellt wenn der Mensch etwas Unabwendbarem gegenübersteht. Die Sitzung fand statt im Saale des alten breußischen Herrenhauses, der ziemlich bis auf den letzten Platz gefüllt war. Auf der Regierungstribüne saß man der Reichsbankpräsidenten Hagenstein und andere Führer des Wirtschaftslebens. Der

Reichsminister des Inneren Dr. Simons

als Hauptredner sprach zuerst von den feindlichen Vorschlägen. Sein Gedankengang wie er sich in seiner Rede kundgab, ist natürlich im wesentlichen bereits bekannt; aber die Rede brachte doch im einzelnen manches neue und wirksame Wendungen. Er schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit der Feststellung, daß, wenn die Gegner darauf beständen, das deutsche Volk zur Bronnarbeit zu zwingen, dies die Vernichtung des europäischen Handels in der ganzen Welt bedeuten würde. Dann ging er auf die deutschen Gegenvorschläge ein. Auf diesen Abschnitt seiner Ausführungen war man besonders gespannt, da man wußte, daß es innerhalb des Sachverständigenkreises, der mit der Ausarbeitung der deutschen Gegenvorschläge betraut war, noch nicht zu einer Einigung gekommen war. Dr. Simons stellte treffend die Hoffnungen, die Frankreich und die anderen auf die deutsche Wirtschaft setzen, den Sorgen gegenüber, die sie der angeblichen Bedrohung durch die deutsche Konkurrenz entgegenbringen, und bezeichnete das Bestreben, uns als Arbeitsmaschinen zu benutzen und zugleich unseren Wettbewerb auszuschalten, als die Quadratur des Kreises. Dann gab er ein Bild von der formalen Behandlung unserer Gegenvorschläge, wobei er darauf hinwies, daß der Öffentlichkeit das Ergebnis der Sachverständigenberatung noch, alter diplomatischer Gepflogenheit noch vorenthalten bleiben müsse, bis es den Gegnern übermittelte ist. Dr. Simons wandte sich dann gegen die Pressestimmen der Radikalen von rechts und links, die aus dem Schweigen der Regierung falsche Schlüsse ziehen und die Stellung der deutschen Abgeordneten in London erschweren können. Gegenüber diesen Machenschaften forderte er vom Volke Vertrauen in die Festigkeit der Regierung und versprach auf das Bestimmteste, daß sie fest bleiben werde. Er versicherte, daß man auch in Süddeutschland die Tragweite der Folgen einer Ablehnung kenne und trotzdem nicht wankend geworden sei. Wir glauben zu wissen, daß gewisse süddeutsche Regierungen sich bereits mit den Verhaftungsmaßnahmen beschäftigt haben, die nötig werden müßten in dem äußersten Falle, daß die Weisung des deutschen Landes mit Gewalt erweitert würde. Der Minister wies aber die Auslegung, als ginge man etwa in leichtfertiger Ablehnung nach London, weit von sich.

Der Minister schloß mit der nochmaligen Mahnung zur Einigkeit im Innern und warnte namentlich vor unruhigen Plänen politischer Abenteurer, die gerade jetzt Unruhe stiften müßten. Nach ihm sprach in demselben Sinne

Generaldirektor Siemens

dessen Rede in die Worte ausklang: Mit besonderem Nachdruck aber rufen wir Ihnen zu (Der Redner wendete sich an Minister Simons): Sie haben nicht das Recht, in London Weisungen zu erteilen durch welche Sie unsere Kinder und Kindeslinder der Sklaverei überliefern! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Nachdem noch mehrere Arbeitnehmern und Arbeitgebervertreter gesprochen und sich mit den Ausführungen des Reichsministers des Inneren Dr. Simons einverstanden erklärt

hatten, nahm der Reichswirtschaftsrat einstimmig unter lebhaftem Beifall eine

### Entschließung

an, in der es heißt: Die Vertreter der deutschen Wirtschaft, Unternehmer wie Arbeiter, stehen auf dem Standpunkt, daß die deutsche Regierung die Verpflichtungen in der Wiederherstellung in loyaler Weise zu erfüllen suchen muß. Die Durchführung der Pariser Beschlüsse würde aber zur baldigen Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens führen. Der Reichswirtschaftsrat ist überzeugt, daß Deutschland durch Vornahme der unbedingt erforderlichen Einfuhr mit Rücksicht auf die weiteren Vorkämpfe der Wirtschaft der Welt zu bezeugen, daß er die Pariser Beschlüsse für undurchführbar hält und bittet die Regierung, in Erfüllung der Wiederherstellungspflicht die äußersten Grenzen der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzuhalten. Sollte auf dieser Grundlage keine Einigung erzielt werden, so bittet der Reichswirtschaftsrat in voller Erkenntnis der Folgen die Reichsregierung dringend und einmütig, bei ihrer Ablehnung der gegnerischen Vorschläge zu beharren.

## Sachsens Finanznot.

Finanzminister Heldt über die Pariser Beschlüsse.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagsitzung standen zunächst die Entwürfe von Nachträgen zum ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushaltplan und von Haushaltsplanentwürfen für das Staatliche Elektrizitätsunternehmen. Finanzminister Heldt erinnert an die von ihm am 14. Januar ausgesprochene Hoffnung, daß unsere Gegner Rückstuf auf unsere Leistungsfähigkeit nehmen würden. Die Pariser Beschlüsse hätten jedoch diese Hoffnung zerstört, weshalb von der Möglichkeit einer Gesundung unserer Finanzwirtschaft keine Rede sein könne. Deshalb sei zu hoffen, daß die deutsche Regierung diesen maßigen Forderungen nach wie vor ein entschiedenes Unannehmbar entgegenstellen wird. Unter dem Zwange der Verhältnisse müsse der Ausgabenkreis auch unseres Reiches innerhalb der Grenzen der Verlässlichkeit nur so gehalten werden, als es uns erlaubt erscheine. Neue Ausgaben, die Kosten verursachen, dürften nur aufgenommen werden, wenn es sich um lebenswichtige Interessen des Volkes handelt. Der Minister fuhr fort: Da vielfach Maßregeln der Reichsregierung auf gelegentlichen Gebiet sich merkliche finanzielle Folgen für die Länder und Gemeinden haben, habe die sächsische Regierung einen Antrag Preußens im Reichsrat unterzucht, daß unter allen Umständen vor Einbringen solcher Gesetzesvorlagen die Kostenfrage im Einvernehmen mit den Ländern zu regeln ist. Gleichzeitig sollen alle Verwaltungseinrichtungen und Stellen auf ihre Notwendigkeit und Sparsamkeit nachgeprüft und diejenigen Behörden, welche gleichen oder ähnlichen Zwecken dienen, soweit als möglich zusammengelegt werden. Es ist im einzelnen den Reformministerien überlassen worden, zu erwägen, in welcher Weise sie innerhalb ihres Verwaltungsbereiches die notwendige Nachprüfung vornehmen wollen. Auch im allgemeinen ist

Anweisung zu allgrößter Sparsamkeit

erteilt worden und ich kann auch das Haus erneut bitten, alle nicht im Lebensinteresse des Staates anderweitigen neuen Anforderungen zurückzustellen auf eine günstigere Zeit. In dem Nachtrag zum ordentlichen Haushaltsplan werden Mehrausgaben von 287 943 421 Mark angefordert. Zu ihrer Deckung stehen Einnahmeerhöhungen von 111 247 264 Mark zur Verfügung. Der Rest von 176 696 157 Mark wird aus den Einstellungen des Hauptfonds bei Kapitel 110 gedeckt. Die Neuordnung des Besoldungswesens durch das Gesetz vom 21. Mai 1920 erfordert einen Mehrbedarf von rund 172 Millionen und die Erhöhung der Besoldung der im Ruhestand befindlichen Staatsbeamten, Lehrer usw. und der Hinterbliebenen einen solchen von 150 Millionen. Angefordert werden im Nachtragplan 875 neue Beamtenstellen. Diese Zahl ergibt sich aus einem Zugang von 1187 Stellen und einem Abgang von 272 Stellen. Den Hauptanteil an den neuen Stellen, die zum größten Teil von der Volkammer bereits bewilligt worden sind, hat die Verstärkung der Landgendarmarie, eine natürliche Folge der steigenden Kriminalität. Von dem Mehrbedarf an fordbauernden sächsischen Ausgaben entfällt ein erheblicher Teil auf Postlandsarbeiten, insbesondere bei den Forsten und bei der Straßen- und Wasserbauverwaltung. Ferner rund 2 Millionen auf Beiträge zur Schlagschlagsteuer und rund 8 Millionen für Fachschulen. Die neuen Anforderungen für einmalige Ausgaben

vertreten sich mit rund 3 Millionen auf die bereits von der Volkammer genehmigten Verbesserungen der technischen Einrichtungen des Eisnerbades, mit rund 500 000 auf die Porzellanmanufaktur, 400 000 auf die staatlichen Kohlenwerke, 700 000 auf die Müllentwerke, 788 000 auf die Gerichtsgebäude, 25 Millionen auf die von der Volkammer bereits bewilligten zum größten Teil schon ausgezahlten Beihilfen an die Arbeiterrentner, 800 000 auf die Technischen Staatslehranstalt

ten Chemnitz, 1080 870 auf die Betriebswirtschaften, 4861 000 auf die Landesanstalten, 3827 000 auf die Universität, endlich werden 17 Millionen für Darlehen von Gemeinden angefordert. Der Betrag zur Deckung des besonderen Aufwandes für Geistesliche mußte im Einklang mit der Reichsverfassung auf 17 Millionen erhöht werden. Leider werden auch die die eingestellten, nicht effektiven Mehreinnahmen durch Mehrausgaben zum größten Teil aufgezehrt. Im Haushalt der Zuschüsse wächst bei den staatlichen Theatern der Zuschußbedarf auf rund 5 Millionen an, obwohl die Einnahmen um 4,6 Millionen höher veranschlagt worden sind. Es schweben nicht allein Verhandlungen mit der Stadt Dresden wegen Beteiligung an den Kosten, sondern es sind auch Erwägungen darüber im Gange, die das Mißverhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen durch grundlegende Änderungen beseitigt und der Zuschußbedarf vermindert werden kann. Die Erhöhung der Gebühren und Kosten im Bereiche des Justizministeriums lassen eine Mehreinnahme von 12 Millionen und im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern eine solche von 3,8 Millionen erwarten. Eingestellt sind 2 Millionen für Herstellung eines Schiffsfahrplans für 1000-Tonnen-Schiffe von Leipzig nach der Saale, dessen Durchführung aber zur selbstverständlichen Voraussetzung hat, daß die im Rahmen des Mittellandkanals geplante Veranlassung vorliegt. Endlich ist ein erster Teilbetrag von 1/2 Million für den Bau einer Talperre bei Muldenberg im Vogtlande vorgezogen.

Der Minister sprach zum Schluß sein Bedauern aus, daß angesichts der ungünstigen Finanzlage die Ausführung dringender sozialpolitischer Reformen und Neuerungen aller Art einstweilen zurückgestellt werden müssen, die in einem wohlhabenden Staate hätten ausgeführt werden können. Je mehr sich das deutsche Volk zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließt, um so eher wird es in der Lage sein, andere Aufgaben zu erfüllen, die selbst im Augenblick die dringendsten seien.

## Kleine politische Meldungen.

Der Nationaltrauertag verschoben? Als Trauertag für die im Kriege gefallenen Opfer war der 6. März vorgesehen worden. Wegen die Festlegung dieses Termins haben sich im Reichstag Bedenken erhoben, weil die Zeit zu kurz sei, um die Feier würdig vorzubereiten, namentlich da der Reichstag auch gar nicht mehr in der Lage sei, bei der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit das Gesetz rechtzeitig durchzuführen. Es soll daher der Gedanke eines Trauertages zwar nicht fallen gelassen werden, aber ein späterer Zeitpunkt gewählt werden.

Keine Genugtuung für die Ermordung des Grafen Mirbach! Von der russischen Grenze wird gemeldet, daß die Sowjetregierung eine Genugtuung für die Ermordung des Grafen Mirbach abgelehnt hat und sich entschieden weigert, irgend welche Maßnahmen gegen den Mörder des Grafen Mirbach, Blumkin, zu ergreifen.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird am kommenden Sonnabend und Sonntag in Berlin zur Besprechung der politischen Lage zusammengetreten.

Ententebewirtschaftung der deutschen Bergwerke? Wie ein amtliches Telegramm meldet, haben die französischen Sachverständigen für London Vorschläge dem Rat unterbreitet, die die Bewirtschaftung der deutschen Bergwerke durch die Alliierten vorsehen.

Wiederaufnahme des konsularischen Dienstes mit Amerika. Die amerikanische Regierung sollte der deutschen Regierung mit, daß sie bereit sei, den Vorschlag zur Wiederherstellung des konsularischen Dienstes zwischen den beiden Ländern wieder aufzunehmen. Sobald die neue Regierung ihr Amt angetreten habe, würde der neue Außenminister sich mit den hierzu nötigen Unterhandlungen befassen.

Der Arbeitsplan der Londoner Konferenz. Havas meldet, wie das Auer Tageblatt schon gestern kurz mitteilte, aus London: Der Alliierte Rat hat die Beratungen mit den Deutschen auf die Zeit vom 1. bis 6. März festgelegt. Auf der Tagesordnung steht lediglich die Wiedergutmachungsfrage. Es werden keine Erörterungen über die Entlassung zugelassen. Das Referat über die Pariser Beschlüsse ist beland übertragen.

Hoch rasst! Daily Telegraph meldet, daß Marshall Hoch dem Alliierten Rat ein Schriftstück überreicht hat, das den Einmarsch in Deutschland in allen Einzelheiten darlegt. Marshall Hoch verläßt unmittelbar nach Ankunft der Deutschen London.

Austritt des polnischen Außenministers. Infolge der Entscheidung der Londoner Konferenz, die in der Frage der Abstimmung in Oberschlesien bekanntlich die gleichzeitige Abstimmung aller Oberschlesier verfügt hat, hat der polnische Außenminister Józef Sapieha, der gegenwärtig in Paris weilte, dem polnischen Staatschef Pilsudski seine Demission als Minister des Auswärtigen gegeben.

12-Stunden-Tag in Rußland. Die Baseler Nationalzeitung meldet aus Warschau: Der Grandva zufolge ist durch Beschluß des Rates der Volksbeauftragten vom 1. März ab in den Fabriken Rußlands der 12-Stunden-Tag wieder eingeführt.

Chinesisch-russisches Militärabkommen. Echo de Paris meldet aus Peking: Die japanische Mission in Peking habe erfahren, daß zwischen Vertretern der chinesischen Regierung in Moskau und der Sowjetregierung eine Militärkonvention unterzeichnet wurde. Nach diesem Abkommen hätten die beiden Staaten sich verpflichtet, sich gegenseitig gegen jeden äußeren Feind Hilfe zu leisten.

Die Bolschewisten am Ende der Welt. Einem der jüngsten deutschen Diplomaten, der schon früher dienstlich mit der Sowjetrepublik zu tun hatte, hat dieser Tage A. A. S. sein Herz ausgeschüttet. In Moskau sei man vollständig ratlos und mit seiner Kenntnis zu Ende. Die Wirtschaftslage sei, so erzählt Krafftin einem Gewährsmann, geradezu katastrophal. Die 100 deutschen Lokomotiven könnten nur den Tropfen auf den heißen Stein bedeuten, und die Sowjetrepublik suche unter allen Umständen durchgreifende Hilfe bei Deutschland.

chen-  
Der  
erblatt.  
s. Co.  
ten,  
erbetten  
stol. freit.  
1. 23. 42.  
geben  
r. 20.  
Zug  
rechts-  
für,  
a. Gessell.  
sch mit  
baum,  
ne mit  
regale,  
änder  
ufen.  
10, 2 L.  
ge  
o. Mi.  
de  
en  
me.  
r. 11  
fabrit  
ann  
uch die  
haltung  
er „U.  
Blattes.  
el  
(rotbr.)  
erschranf  
offschant,  
Ratzen  
schlebens  
ndertest,  
ine,  
dräberig)  
midt  
a.